



Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Ulrich Kossiek

FDP

Verwaltung

Frau Binder-Kruse

Bauamt

(zu TOP 5.1, 8 und 23)

Frau Wocken

Bauamt

(zu TOP 8)

Herr Klemme

Amt für Verkehr

(zu TOP 7 und 11)

Herr Müller

Amt für Schule

(zu TOP 9)

Herr Becker

Sportamt

(zu TOP 10)

Herr Daube

Bezirksamt Heepen

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

Schriftführer

Externe

Herr Tischmann

Büro Tischmann u.

(zu TOP 5.1 und 8)

Schrooten

Herr Artschwager

moBiel GmbH

(zu TOP 7)

Frau Lang

Bielefelder Gemeinnützige

(zu TOP 23.1)

Wohnungsgesellschaft mbH

Herr Höfel

Bielefelder Gemeinnützige

(zu TOP 23.1)

Wohnungsgesellschaft mbH

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn Dr. Elsner im Namen der Bezirksvertretung nachträglich zu dessen „runden“ Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Sodann wird die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

#### *a) L 712 n - 4. Bauabschnitt*

Herr Vorlage (Sprecher der Bürgerinitiative „L 712 n jetzt!“) nimmt Bezug auf ein in der Neuen Westfälischen vom 28.12.2013 abgedrucktes Interview mit Bezirksbürgermeister Sternbacher. Er habe sich in diesem Interview erneut für den Weiterbau der L 712 n ausgesprochen. Gleichzeitig habe er jedoch die Frage aufgeworfen, ob in der Vergangenheit seitens der Beteiligten zu wenig im Hinblick auf den Weiterbau unternommen wurde. Er gehe davon aus, dass sich die Politik auch in Zukunft für den Weiterbau der Straße einsetzen werde und habe vor diesem Hintergrund die Frage, wie sich die Bezirksvertretung zukünftig konkret für den Weiterbau der Straße einsetzen werde. Er verweise in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.03.2013 (vgl. BV Heepen - 14.03.2013 - TOP 10), der alle Beteiligten aufforderte, sich nachdrücklich für den Weiterbau der L 712 n einzusetzen. Dieser Antrag sei seinerzeit jedoch - u. a. mit der Begründung, dass eine entsprechende Beschlussfassung aufgrund der bereits in gleicher Sache gefassten Beschlüsse nicht erforderlich sei - mehrheitlich abgelehnt worden. Er habe vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich entstandenen Verfahrensverzögerungen die Frage, ob der angesprochene Antrag der CDU-Fraktion nun erneut aufgegriffen werde, um die Notwendigkeit des Abschlusses des Projektes noch einmal deutlich zu unterstreichen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass die Frage, ob und ggf. welche politischen Aktivitäten notwendig seien, um das Verfahren voranzubringen, von den Fraktionen und den Vertretern der Parteien bewertet werden müsse.

Bezogen auf das von Herrn Vorlage angesprochene Interview führt er aus, dass es sich hierbei u. a. um einen Rückblick auf die Arbeit der Bezirksvertretung im

Jahr 2013 gehandelt habe. Er habe mit seinen Ausführungen zum Weiterbau der L 712 n reflektieren wollen, ob ein noch deutlicherer Einsatz aller Beteiligten zur Beschleunigung des Verfahrens hätte beitragen können. Im Übrigen werde sich die Bezirksvertretung aus seiner Sicht auch weiterhin mehrheitlich mit Nachdruck für den Weiterbau der Straße einsetzen. Bei dem Planfeststellungsverfahren handele es sich jedoch um ein Verwaltungsverfahren, das im Hinblick auf die sich aus dem Planfeststellungsbeschluss ergebenden rechtlichen Konsequenzen mit größter Sorgfalt durchgeführt werden müsse. Verfahrensfehler könnten zu weiteren Verzögerungen führen. Vor diesem Hintergrund sei der Einfluss der Bezirksvertretung auf das Handeln der Bezirksregierung nur sehr gering.

#### *b) Flächennutzungsplanung in der Stadt Bielefeld*

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) stellt fest, dass die Verkehrsproblematik alle Planungen in der Stadt Bielefeld tangiere. Seines Erachtens sei eine Lösung der Problematik nur auf der Grundlage einer ganzheitlichen Planung, die alle bestehenden Abhängigkeiten berücksichtige, möglich. Der als Grundlage für alle Planungsprozesse dienende Flächennutzungsplan der Stadt Bielefeld sei jedoch bereits mehrere Jahrzehnte alt und werde lediglich durch auf Einzelprobleme bezogene Änderungen fortgeschrieben. Auf dieser Grundlage sei es seines Erachtens nicht möglich, der Verkehrsentwicklung angemessen Rechnung zu tragen. Er fragt, wann mit einer grundlegenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Bielefeld zu rechnen sei und appelliere an alle Mitglieder der zuständigen politischen Gremien, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf eine baldige Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes hinzuwirken.

#### *c) L 712 n - 4. Bauabschnitt*

Herr Blumenstock (Sprecher der Bürgerinitiative „L 712 n - nicht so!“ und Einwohner des Stadtteils Milse) stellt fest, dass der Verkehr aus dem Bielefelder Teil des Interkommunalen Gewerbegebietes laut Erläuterungsbericht zum INTERKOM aus dem Jahr 2000 nicht über die L 712 n abgeführt werden, sondern nur über die Altenhagener Straße geführt werden solle. Diese Planung sei auch noch einmal durch den Dezernenten, Herrn Moss, in der Bezirksvertretung Heepen im September 2013 ausdrücklich bestätigt worden. Laut offizieller Aussage der Stadt Bielefeld vom 25.04.2013, hier vertreten durch den Leiter des Amtes für Verkehr, Herrn Thiel, werde - bezogen auf die Anfrage eines Mitgliedes des Stadtentwicklungsausschusses - die Aussage getroffen, dass die L 712 n nicht als Entlastungsstraße für die Altenhagener Straße konzipiert worden sei und daher diese Funktion auch nicht erfüllen könne. Weiterhin werde aus dem aktuellen Verkehrsgutachten zum Bau der L 712 n aus dem Jahre 2010 und allen vorangegangenen Verkehrsgutachten ersichtlich, dass sich die Verkehrszahlen auf der Altenhagener Straße - bezogen auf das Prognosejahr 2026 - nicht verringern werden. Außerdem werde in der Informationsvorlage des Amtes für Verkehr, die unter TOP 11 zu beraten sei, dargestellt, dass der Neubau der Herforder Straße und der Grafenheider Straße offensichtlich nicht mehr gefördert werden könne, da das Land die Mittel für diesen Straßenbau nicht mehr bereitstelle. Darüber hinaus seien in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Bielefeld keine Ansätze für diese beiden

Straßen bis 2017 enthalten. Er habe vor diesem Hintergrund folgende Fragen:

1. In welchem Umfang würde es für die Bürger der Altenhagener Straße bei Kenntnis dieser Fakten überhaupt noch zu einer Entlastung kommen?
2. Wann wäre unter diesen neuen Prämissen frühestmöglich überhaupt mit einer Fertigstellung der 3 Straßen-Neubauten L 712 n, Herforder Straße und Grafenheider Straße zu rechnen?

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die von Herrn Blumenstock aufgeworfenen Fragen zu prüfen und über das Ergebnis zu gegebener Zeit zu berichten.

*d) Verkehrliche Belastung des Stadtteils Milse*

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) stellt fest, dass Herr Thole (WEGE mbH) in der Informationsveranstaltung zur öffentlichen Unterrichtung über die Planung zum Interkommunalen Gewerbegebiet deutlich festgestellt habe, dass die Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 n im Hinblick auf die zu erwartenden Verkehrsströme unbedingt erforderlich sei. Er fragt, welche Aktivitäten seitens der zuständigen politischen Gremien im Hinblick auf diese Notwendigkeit unternommen werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf seine Ausführungen zu den von Herrn Vorlage (vgl. a) L 712 n - 4. Bauabschnitt) gestellten Fragen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 1 \*

---

**Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift**

**Zu Punkt 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.10.2013**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.10.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei zahlreichen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 2.1 \*

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.11.2013**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.11.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 2.2 \*

-.-.-

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**I. Schriftliche Mitteilungen**

**3.1 Klassenbesetzungsübersicht 2013/14**

Den Mitteilungen beigefügt sind - auf die Schulen im Stadtbezirk Heepen bezogene - Auszüge aus der Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2013/14. Bei Bedarf kann beim Bezirksamt eine CD mit der vollständigen Klassenbesetzungsübersicht 2013/14 für alle Schulen und Schulformen in der

Stadt Bielefeld angefordert werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.1 \*

-.-.-

**3.2**                    **Rücknahme des Beschlusses zur Änderung des Schuleinzugsbereiches für die Grundschule Brake (vgl. BV Heepen - 10.10.2013 - TOP 6.6)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung Drucksache 6537/2009-2014 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 12.11.2013.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.2 \*

-.-.-

**3.3**                    **Bebauungsplan Nr. III/3/43.00 "Hagenkamp" (vgl. BV Heepen - 14.11.2013 - TOP 7)**

Den Mitteilungen beigefügt sind Abdrucke der Schreiben der Eheleute Elisabeth und Reinhard Stannek und Erika und Paul-Reinhard Klemme (Anwohner des Plangebietes) vom 18.11.2013 bzw. 17.11.2013 in denen sie ihre Anregungen und Bedenken zu der vorgestellten Planung äußern. Beim Bezirksamt bzw. Bauamt sind weitere Schreiben von Anwohnern eingegangen, die jedoch nicht ausdrücklich an die Bezirksvertretung adressiert wurden. Mit dem Bauamt wurde abgestimmt, dass alle Fragen, Anregungen und Bedenken im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens abgearbeitet werden (vgl. Antwortschreiben des Bezirksamtes vom 10.12.2013).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

**3.4 Erneute Überprüfung der Verkehrssicherheit im Einmündungsbereich  
Braker Straße / Waagestraße (vgl. BV Heepen - 23.05.2013 - TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 05.11.2013.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

**3.5 Bericht „Lebenslagen und soziale Leistungen 2011/12“ des  
Sozialdezernates der Stadt Bielefeld**

Der vom Sozialdezernat der Stadt Bielefeld veröffentlichte Bericht „Lebenslagen und soziale Leistungen 2011/12“ kann unter der Internetadresse

<http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/LLB11-12.pdf>

abgerufen werden. Ein Druckexemplar steht bei Bedarf im Bezirksamt zur Verfügung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

**3.6 Einführung eines webbasierenden Platzreservierungs- und  
Anmeldeprogramms für die Bielefelder Kindertageseinrichtungen  
(vgl. u. a. BV Heepen - 14.03.2013 - TOP 5.2)**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Abdruck der die Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 6173/2009-2014 ergänzenden Nachtragsvorlage Drucksache 6173/2009-2014/1 sowie Auszüge aus den Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 06.11.2013 und des Finanz- und



Personalausschusses am 03.12.2013. Auf die bereits mit den Sitzungsunterlagen für die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.10.2013 übersandten Unterlagen (Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 6173/2009-2014 und Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2013) wird verwiesen (vgl. BV Heepen - 10.10.2013 - TOP 3.4).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.6 \*

-.-.-

**3.7 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen in den Sitzungen der Bezirksvertretung Heepen: Beantwortung von Einwohnerfragen**

---

Den Mitteilungen beigefügt sind Abdrucke der Antwortschreiben des Bezirksamtes zu Einwohnerfragen, die in der Einwohnerfragestunde der jeweiligen Sitzung der Bezirksvertretung nicht unmittelbar beantwortet werden konnten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.7 \*

-.-.-

**3.8 Ausbau der Niewaldstraße (vgl. u. a. BV Heepen - 10.10.2013 - TOP 4.3)**

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass die Arbeiten zum Ausbau der Niewaldstraße ausgeschrieben wurden. Der Ausbau erfolgt entsprechend des von der Bezirksvertretung beschlossenen Ausbaustandards (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 8 - Drucksache 0862/2009-2014). Der Ausbau soll witterungsabhängig im März 2014 erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

3.9

### **Wohnungsmarktbericht 2013**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein - auf den Stadtbezirk Heepen bezogener - Auszug aus dem Wohnungsmarktbericht 2013. Der vollständige Wohnungsmarktbericht liegt im Bezirksamt zur Einsichtnahme bereit bzw. kann bei Bedarf im Bezirksamt angefordert werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

3.10

### **Ferienspiele des Bezirksamtes Heepen: Entwicklung der Teilnehmerzahlen**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine tabellarische Übersicht zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen der Ferienspiele des Bezirksamtes Heepen in den letzten 5 Jahren erhalten.

*Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass das Angebot des Bezirksamtes eine große Bedeutung für den Stadtbezirk Heepen habe. Er danke allen Beteiligten, die zur Realisierung der Ferienspiele beitragen, für ihr Engagement.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.10 \*

-.-.-

3.11

### **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/43.00 „Hagenkamp“: Öffentliche Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger zur Planung - Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Informationsschreiben des Bezirksamtes vom 10.01.2014.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.11 \*

-.-.-

**3.12**

**Veranstaltungen zum Bielefelder Stadtjubiläum im Stadtbezirk Heepen**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder den Flyer „Veranstaltungen zum Bielefelder Stadtjubiläum im Stadtbezirk Heepen“ erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.12 \*

-.-.-

**3.13**

**Pflegesprechstunde in Brake (vgl. BV Heepen - 05.09.2013 - TOP 7.1)**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt - vom 09.01.2014 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.13 \*

-.-.-

**3.14**

**Schelpmilser Weg: Baulicher Zustand und Parken von Lkw (vgl. BV Heepen - 10.10.2013 - TOP 1e)**

Den Mitteilungen beigefügt ist das Antwortschreiben des Bezirksamtes zu einer in der Sitzung der Bezirksvertretung gestellten Einwohnerfrage.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.14 \*

-.-.-

## II. Mündliche Mitteilungen

3.15

### Zukunft moBielefeld

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Einladung zum „2. Bürgerforum Stadtbahnausbau“ am 01.02.2014, die vorab bereits per E-Mail übersandt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.15 \*

-.-.-

3.16

### Baulicher Zustand des Schelpmilser Weges

Herr Daube verweist auf den mit den Sitzungsunterlagen übersandten Abdruck eines Schreibens des Bezirksamtes zum baulichen Zustand und zum Parken von Lkw (vgl. TOP 3.14). Die Straßenverkehrsbehörde habe ergänzend mitgeteilt, dass für den angesprochenen Bereich ein nächtliches Lkw-Parkverbot angeordnet wurde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass die in der Straßenoberfläche vorhandenen Risse nur im Wege einer Grundsanie rung zu beseitigen seien. Diese sei im Hinblick auf mögliche Kanalschäden im „Rissbereich“ dringend erforderlich.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.16 \*

-.-.-

3.17

### Kanalbauarbeiten im Bereich Kusenweg

Herr Daube informiert darüber, dass am Kusenweg (Abschnitt zwischen Salzufler Straße und Kusenweg Haus-Nr. 13) voraussichtlich ab März 2014 Kanalbauarbeiten durchgeführt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.17 \*

-.-.-

3.18

### **Stadtpläne**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder ohne Ratsmandat verteilten neuaufgelegten Stadtpläne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.18 \*

-.-.-

3.19

### **Kita Brake am Rottsiek**

Herr Daube informiert darüber, dass der Fertigstellungstermin aufgrund verschiedener von den Auftragnehmern verursachter Abhängigkeiten nochmals verschoben werden musste. Es sei nun davon auszugehen, dass die Arbeiten Anfang Februar 2014 abgeschlossen werden können. Zum 01.02.2014 könne die Einrichtung weitere 6 Kinder aufnehmen. Im Sommer 2014 sei geplant, eine weitere Kita-Gruppe zu eröffnen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.19 \*

-.-.-

3.20

### **Baumfällarbeiten im Bereich des Hochwasserrückhaltebeckens an der Potsdamer Straße**

Herr Daube informiert darüber, dass am Hochwasserrückhaltebecken umfangreiche Sanierungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Im Zuge der Vorbereitung der Sanierungsarbeiten sei es notwendig, ca. 25 Bäume zu fällen. Im Vorfeld der Baumaßnahme sei geplant, einen Ortstermin für die Mitglieder der Bezirksvertretung durchzuführen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 3.20 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4      Anfragen**

### **Zu Punkt 4.1      Bäume auf dem Festgelände „Parkbeleuchtung“ in Brake (Sieben-Teiche-Grünzug)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6680/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

*Im Grünzug der 7-Teiche-Parkanlage wurden Bäume angepflanzt. Drei davon stehen zentral auf dem Gelände, das der Naturschutz-, Geflügel- und Kaninchenverein Brake für sein traditionelles Sommerfest nutzt.*

*Frage:*

*Warum hat die Verwaltung mitten auf dem Festgelände der „Parkbeleuchtung“ des Naturschutz-, Geflügel- und Kaninchenvereins Brake e.V. Bäume angepflanzt?*

*Zusatzfragen:*

*Warum war auf dem gleichen Gelände bzw. im Grünzug kein anderer Standort möglich?*

*Ist der Verwaltung bewusst, dass durch den Standort die Veranstaltung extrem behindert bzw. vielleicht sogar verhindert wird?*

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Umweltbetriebes. Der Umweltbetrieb habe mitgeteilt, dass die Bäume wegbegleitend gepflanzt wurden. Es bestehe aus Sicht des Umweltbetriebes insofern auch weiterhin die Möglichkeit, die Rasenfläche für die Veranstaltung zu nutzen. Bei der Pflanzung von Bäumen im Zuständigkeitsbereich der Grünunterhaltung des Umweltbetriebes seien verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Wichtigster Faktor sei die Frage, ob der gepflanzte Baum an diesem Standort auch „alt werden könne“. Zudem sei es wichtig, bestehende Sichtbeziehungen / Sichtachsen zu erhalten und unter Umständen im Boden vorhandene Leitungstrassen städtischer Versorgungsträger nicht zu beeinflussen. Aus Sicht des Umweltbetriebes erfüllen die Baumstandorte die genannten

Voraussetzungen. Generell sei es inzwischen sehr schwierig, im Rahmen der Baumerhaltungsrichtlinie auf Flächen der Grünunterhaltung geeignete Standorte zu finden, die die angesprochenen Kriterien erfüllen. Zu der Frage, ob der Verwaltung bewusst war, dass durch den Standort der Bäume die Veranstaltung extrem behindert bzw. vielleicht sogar verhindert werden könnte, habe der Umweltbetrieb mitgeteilt, dass die Veranstaltung aus Sicht der Verwaltung durch die Baumstandorte nicht verhindert werde, da die Bäume am Rand der Rasenfläche gepflanzt wurden und insofern noch der größte Teil der Rasenfläche für die Veranstaltung genutzt werden könne.

Der Veranstalter habe zwischenzeitlich dem Bezirksamt gegenüber erklärt, dass die Bäume aus seiner Sicht am Standort verbleiben können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 4.1 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2 Aufnahme des Stadtteils Baumheide in das ISEK Programm**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6821/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Derzeit erarbeitet die Verwaltung für die auslaufenden Stadterneuerungsmaßnahmen einen Verwendungsnachweis im Rahmen eines Monitorings. Um in das ISEK Programm aufgenommen zu werden, ist als erster Schritt eine Priorisierung Baumheides als Handlungsgebiet i. S. des ISEK notwendig.*

*Frage:*

*In welchem Stadium befindet sich das Verfahren und wann sind politische Beschlüsse erforderlich, um eine Aufnahme in das ISEK Programm zu beantragen.*

Herr Daube informiert darüber, dass dem Bezirksamt noch keine abschließende Antwort vorliege. Die Bauverwaltung habe mitgeteilt, dass die Beantwortung schriftlich in der Februar-Sitzung der Bezirksvertretung erfolge.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5 Beratung unerledigter Punkte aus vorangegangenen Sitzungen**

### **Zu Punkt 5.1 Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/ H 20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" und 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen". Der Bebauungsplan umfasst Teilflächen südlich des Tieplatzes und südlich der Altenhagener Straße entlang der Straßen Bischof-Meinwerk-Straße, Salzufler Straße, Hassebrock und Hillegosser Straße - Entwurfsbeschluss für die erneute Offenlage der 214. Änderung des Flächennutzungsplans "Zentrum Heepen" - Entwurfsbeschluss für die erneute Offenlage des Bebauungsplans Nr. III/H20 "Ortskern Heepen - Erweiterung Stadtbezirk Heepen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6432/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) verweist auf die Beratung in 1. Lesung in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.11.2013 (vgl. BV Heepen - 14.11.2013 - TOP 6). Hinsichtlich der im Rahmen der 1. Lesung intensiv diskutierten beabsichtigten Festsetzungen für das ehemalige Firmengrundstück der Firma Gaus sei mit den Eigentümern abgestimmt worden, der Bezirksvertretung vorzuschlagen, das Plangebiet um diese Fläche zu reduzieren. Sollten die Eigentümer ihre Planung für das Gelände konkretisieren, bestehe dann zu gegebener Zeit die Möglichkeit, die Zulässigkeit eines entsprechenden Bauvorhabens gem. § 34 Baugesetzbuch (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) zu beurteilen. Eine weitere Möglichkeit bestehe im Rahmen der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die in den Planunterlagen dargestellte, von der Hillegosser Straße her nach Westen (Richtung Grünzug) führende Fuß- bzw. Radwegeverbindung. Da diese Wegeverbindung aus seiner Sicht „ins Nichts“ führe, fragt er nach dem Zweck dieser Wegeverbindung.

Herr Tischmann (Büro Tischmann & Schrooten) führt aus, dass die Wegeverbindung in die Planung aufgenommen wurde, um die Option, zu einem späteren Zeitpunkt die Hillegosser Straße mit der Wegeverbindung in Richtung Schulzentrum verbinden zu können, zu erhalten. Diese Planung sei aus der alten Rahmenplanung übernommen worden. Die Politik müsse entscheiden, ob sie diese Option aufrechterhalten wolle. Ob die Wegeverbindung umgesetzt werden könne, hänge letztlich aber auch von der Bereitschaft der Eigentümer ab, die angesprochene Fläche zu veräußern.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) hält diese Wegeverbindungen nicht für erforderlich.



Herr Wäschebach führt aus, dass die SPD-Fraktion der vorgestellten Planung grundsätzlich zustimme, jedoch beantrage, auf die dargestellte Überbauung des im Eigentum der Stadt Bielefeld stehenden Eckgrundstücks Hassebrock / Salzufler Straße (heute Parkplatz) zu verzichten, um der Notwendigkeit für den Heeper Ortskern ausreichend Parkraum zu erhalten, Rechnung zu tragen. Darüber hinaus beantrage die SPD-Fraktion, dass auf die im Planentwurf dargestellten Wegeverbindungen zwischen der Salzufler und der Hillegosser Straße (Wegeverbindungen zwischen der Salzufler Straße und der Hillegosser Straße bzw. die Wegeverbindungen zur Erschließung des zwischen der Salzufler Straße und der Hillegosser Straße gelegenen Innenraumes) verzichtet werde. Es sei ohnehin davon auszugehen, dass die Eigentümer diese Wegeflächen nicht verkaufen würden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion unterstütze. Darüber hinaus spreche er sich dafür aus, die Darstellung/Festsetzung der eingangs der Beratung angesprochenen Wegeoption (von der Hillegosser Straße nach Westen verlaufenden Wegeverbindung in Richtung Grünzug) beizubehalten.

Herr Wäschebach stimmt zu.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und bittet zunächst um Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Das Plangebiet ist um den Bereich des ehemaligen Betriebsgeländes der Fa. Gaus zu verkleinern.**

**Auf die Überbauung des im Eigentum der Stadt Bielefeld stehenden Eckgrundstücks Hassebrock/Salzufler Straße (Parkplatz) ist im Hinblick auf die Notwendigkeit für den Heeper Ortskern ausreichend Parkraum zu erhalten, zu verzichten.**

**Auf die im Planentwurf dargestellten möglichen Wegeverbindungen (Wegeverbindungen zwischen der Salzufler Straße und der Hillegosser Straße bzw. die Wegeverbindungen zur Erschließung des zwischen der Salzufler Straße und der Hillegosser Straße gelegenen Innenbereiches) ist zu verzichten.**

Dafür: 14 Stimmen  
Dagegen: 2 Stimmen  
Enthaltungen: 0 Stimmen

- mithin beschlossen -

Im Anschluss bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung über

den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Unter Berücksichtigung des zu den vorliegenden Anträgen gefassten Beschlusses ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

1. Die 214. Änderung des Flächennutzungsplanes „Zentrum Heepen“ wird mit der Begründung erneut gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB als Entwurf beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“ wird mit der Begründung erneut gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB in der vorliegenden geänderten Fassung als Entwurf beschlossen.
3. Der Entwurf der 214. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. III/H 20 sind erneut öffentlich auszulegen. Die erneute Offenlegung ist gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Parallel hierzu sind die Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 4a (3), 4 (2) BauGB erneut zu beteiligen.

Dafür: 14 Stimmen  
Dagegen: 2 Stimmen  
Enthaltungen: 0 Stimmen

- mithin beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 5.1 \*

---

**Zu Punkt 6 Anträge**

**Zu Punkt 6.1 Bäume auf dem Festgelände „Parkbeleuchtung“ in Brake (Sieben-Teiche-Grünzug)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6681/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag des Vertreters der Partei Die Linke, der SPD-Fraktion und des Vertreters der

FDP:

*Die Verwaltung wird beauftragt die Bäume zu entfernen.*

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Seit fast 50 Jahren wird die „Parkbeleuchtung“ von dem Naturschutz-, Geflügel- und Kaninchenverein Brake ausgerichtet. Aufgrund des optisch anspruchsvollen Standortes an den „Sieben Teichen“, mitten im Grünzug von Brake, erfreut sich die traditionelle Veranstaltung einer großen Akzeptanz und Beliebtheit quer durch alle Bevölkerungs- und Altersgruppen.*

*Durch die Anpflanzung von drei Bäumen mitten auf dem Festgelände wird dieses „Dorffest“ nicht mehr in dem gewohnten Rahmen durchgeführt werden können. Alternativstandorte für die Bäume werden in der Sitzung der Bezirksvertretung angeboten.*

Unter Bezugnahme auf die Antwort des Umweltbetriebes zu der von ihm gestellten Anfrage (vgl. TOP 4.1) stellt er fest, dass er die Antworten des Umweltbetriebes nicht nachvollziehen könne. Aus seiner Sicht sei die Veranstaltung nicht mehr durchzuführen, sofern die Bäume am Standort verbleiben. Die verbleibende Fläche sei nicht mehr ausreichend. Auch die vom Umweltbetrieb vertretene Auffassung, dass im Sieben-Teiche-Grünzug keine anderen Standorte zu finden seien, könne er aufgrund seiner Ortskenntnis nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze. Seines Erachtens sei es jedoch notwendig, den Veranstalter in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Er rege an, den Beschlusstext dahingehend zu ergänzen.

Herr Schatschneider weist darauf hin, dass die Fläche auch von der Ev. Kirche Brake für die Durchführung eines Gottesdienstes am Veranstaltungstag genutzt werde. Im Übrigen vertrete er weiterhin die Auffassung, dass die Bäume auch an anderen Standorten, z. B. in Ergänzung vorhandener Baumstandorte, angepflanzt werden können.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Schatschneider vertretenen Auffassung an. Darüber hinaus kritisiert er die Eigenmächtigkeit des Umweltbetriebes, die Bäume zu pflanzen, ohne die Bezirksvertretung, deren Entscheidungskompetenzen und Ortskenntnis in die Überlegungen einzubeziehen. Seines Erachtens könne ggf. ein Baum am Standort verbleiben. Eine endgültige Festlegung sollte jedoch im Rahmen eines anlassbezogenen Arbeitskreises - unter Beteiligung aller Akteure (Verein, Kirche, Politik und Verwaltung) - getroffen werden. Er bitte die Verwaltung, einen entsprechenden Termin vorzubereiten.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) vertritt die Auffassung, dass die Bäume am Standort verbleiben sollten, unterstützt jedoch gleichzeitig den von Herrn Wäschebach formulierten Vorschlag, die Angelegenheit im Rahmen eines anlassbezogenen Arbeitskreises zu beraten.

Herr Dr. Elsner schließt sich ebenfalls der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass die Verwaltung nicht zum ersten Mal Maßnahmen umsetze, ohne die Bezirksvertretung in die Überlegungen einzubeziehen. Er appelliere an die Verwaltung, künftig die Entscheidungsrechte des Gremiums zu beachten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung vertritt grundsätzlich die Auffassung, dass die neuen Baumstandorte die Veranstaltung zumindest behindern. Das weitere Verfahren ist im Rahmen eines anlassbezogenen Arbeitskreises nach Durchführung eines Ortstermins unter Beteiligung aller Akteure (Verein, Kirche, Bezirksvertretung und Verwaltung) abzustimmen. Die Verwaltung wird gebeten, einen entsprechenden Termin vorzubereiten.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 6.1 \*

---

## **Zu Punkt 6.2 Entenjagd im Bereich Sieben-Teiche-Grünzug**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6760/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, des Vertreters der Partei Die Linke und des Vertreters der FDP:

*Die Verwaltung wird gebeten, zu einem Runden Tisch zum Thema „Entenjagd im Bereich Sieben Teiche“ einzuladen, nachdem es in der ersten Dezemberwoche 2013 wieder zu Situationen gekommen ist, die zu Irritationen und Verärgerung geführt haben. An diesem Runden Tisch sollten teilnehmen:*

- *Die Jagdpächter*
- *Das Ordnungsamt*
- *Die Polizei*
- *Das Bezirksamt*
- *Die Politik (insbes. die Braker BZV-Mitglieder)*
- *Der Bezirksbürgermeister bzw. der stellv. Bezirksbürgermeister als*

### *Moderator*

Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Beratung der Bezirksvertretung im Jahr 2012 (vgl. u. a. BV Heepen – 08.11.2012 – TOP 4.2). Leider haben die Jagd Ausübungsberechtigten jegliche Sensibilität vermissen lassen, obwohl sie seinerzeit entsprechende Zusagen gemacht hatten. Es sei daher dringend notwendig, den Sachverhalt nochmals aufzubereiten, um einer Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger entgegenzuwirken, bevor es zu Unfällen komme. Ein „runder Tisch“ sei aus seiner Sicht das geeignete Instrument. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten keine Jagdaktivitäten mehr stattfinden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Bezirksbürgermeister Sternbacher vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird gebeten, zu einem Runden Tisch zum Thema „Entenjagd im Bereich Sieben Teiche“ einzuladen, nachdem es in der ersten Dezemberwoche 2013 wieder zu Situationen gekommen ist, die zu Irritationen und Verärgerung geführt haben. An diesem Runden Tisch sollten teilnehmen:**

- **Die Jagdpächter**
- **Das Ordnungsamt**
- **Die Polizei**
- **Das Bezirksamt**
- **Die Politik (insbes. die Braker BZV-Mitglieder)**
- **Der Bezirksbürgermeister bzw. der stellv. Bezirksbürgermeister als Moderator**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 6.2 \*

---

### **Zu Punkt 6.3 Verkehrsdiskussion an der Braker Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6804/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag des Vertreters der FDP und der SPD-Fraktion:

*Die Verwaltung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass auf der Braker Straße (möglichst im Bereich zwischen Kerksiekweg und Glückstädter Straße) auf der Nordseite für einige Zeit ein Verkehrsdisplay angebracht wird.*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung.

*Da in der Braker Straße selten Verkehrskontrollen stattfinden und immer wieder erhöhte Geschwindigkeiten festzustellen sind, soll mit diesem „sanften“ Kontrollgerät zur Reduzierung des Tempos beigetragen werden.*

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass auf der Braker Straße (möglichst im Bereich zwischen Kerksiekweg und Glückstädter Straße) auf der Nordseite für einige Zeit ein Verkehrsdisplay angebracht wird.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 6.3 \*

---

## **Zu Punkt 6.4 Verkehrssicherheit im Bereich der Zugänge / Zufahrten zu städtischen Kindertagesstätten und Grundschulen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6826/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, z. B. im Rahmen einer anlassbezogenen Arbeitsgruppe über die Verkehrssicherheit im Bereich der Zugänge/Zufahrten zu städtischen Kindertagesstätten und Grundschulen zu berichten und Problemlagen darzustellen. Bei der Eruiierung der problematischen Situationen sollen die Leitungen der Einrichtungen beteiligt werden. Im Falle von kritischen Situationen sollen Lösungsvorschläge erarbeitet und gemeinsam diskutiert werden. Die Kernpunkte des Berichts und das Ergebnis der Diskussion aus der Arbeitsgruppe sollen in der Bezirksvertretung vorgestellt werden.*

*Immer wieder wird an verschiedenen Kitas und Grundschulen über problematische „Bring- und Abholsituationen“ berichtet. Mit dem Bericht und der anschließenden Diskussion von Lösungsvorschlägen soll eine fachliche Grundlage für weitere Maßnahmen und Beschlüsse gelegt werden.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung und bittet die Verwaltung, die notwendigen Erhebungen mit möglichst geringem Aufwand durchzuführen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die angesprochene Problematik auch bei den Einrichtungen der freien Träger zu beobachten sei. Die alleinige Begutachtung der städtischen Kitas und Grundschulen könne vor diesem Hintergrund nur als „1. Schritt“ betrachtet werden. Aus seiner Sicht sollte der Beschlusstext durch die Formulierung „... in einem 1. Schritt ...“ ergänzt werden.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) hält den mit einer entsprechenden Erhebung verbundenen Aufwand für zu hoch. Ihres Erachtens sollte auf die ihre Kinder in die Einrichtung / Schule bringenden bzw. ihre Kinder abholenden Eltern eingewirkt werden, um entsprechende Situationen zu vermeiden. Darüber hinaus könnte der Aufwand ihres Erachtens auch durch eine Befragung der Elternräte bzw. Schulpflegschaften in Grenzen gehalten werden.

Herr Dr. Elsner stimmt der von Herrn Wäschebach und Frau Kreye vertretenen Auffassung zu und bittet die Verwaltung, den Sachverhalt in diesem Sinne zu bearbeiten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, z. B. im Rahmen eines anlassbezogenen Arbeitskreises über die Verkehrssicherheit im Bereich der Zugänge / Zufahrten zu städtischen Kindertagesstätten und Grundschulen zu berichten und Problemlagen darzustellen. Bei der Eruierung der problematischen Situationen sollen in einem ersten Schritt die Leitungen der Einrichtungen beteiligt werden. Im Falle von kritischen Situationen sollen Lösungsvorschläge erarbeitet und gemeinsam diskutiert werden. Die Kernpunkte des Berichts und das Ergebnis der Diskussion aus dem Arbeitskreis sollen in der Bezirksvertretung vorgestellt werden.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 6.4 \*

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Konkretisierung der Linienführung der Stadtbahnlinie 5 von Heepen über den Jahnplatz / Adenauerplatz nach Brackwede, Senne und Sennestadt**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6705/2009-2014

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung aus seiner Sicht viele Fragen unbeantwortet lasse. U. a. stelle sich ihm die Frage, wie sich der Trassenverlauf im Straßenraum auf den Individualverkehr auswirke und welche förderrechtlichen Abhängigkeiten entstehen, wenn der Trassenverlauf auf eigenem Gleiskörper den von den Fördergebern geförderten prozentualen Anteil an einer Trasse mit eigenem Gleiskörper nicht erreiche. Hinsichtlich der in der Vorlage zum Zuschussbedarf je Fahrgast getroffenen Aussagen bitte er um eine entsprechende Erläuterung. Weiterhin bleibe seines Erachtens die Frage offen, ob auch die Verbesserung des vorhandenen Buskonzeptes zu einer Steigerung des Fahrgastaufkommens führen würde. Darüber hinaus vermisse er in der Vorlage Aussagen zum Standort und zur Ausgestaltung der am Ende der dargestellten Streckenführung erforderlichen Wendeanlage.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bittet ebenfalls um konkretere Aussagen zur notwendigen Wendeanlage am zukünftigen Endpunkt der Stadtbahnlinie an der Potsdamer Straße. Darüber hinaus stelle sich ihm die Frage, wie realistisch die in der Vorlage zu den Kosten getroffenen Aussagen seien. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Das Projekt könne aus seiner Sicht jedoch nur gelingen, wenn es in der Bevölkerung auf breite Zustimmung treffe. Insofern sollten alle Beteiligten größten Wert darauf legen, keine Frage unbeantwortet zu lassen.

Herr Dr. Elsner weist darauf hin, dass der Fördergeber laut Vorlage verlange, dass die Trasse zu 70 bis 80 % über einen eigenen Gleiskörper geführt werde. Gleichzeitig werde die Aussage getroffen, dass davon auszugehen sei, dass eine Trassenführung voraussichtlich nur zu 65 % bis 70 % auf eigenem Gleiskörper verlaufen könne. In diesem Zusammenhang stelle sich ihm die Frage, ob diese den Förderrichtlinien offenbar entgegenstehende Aussage dazu führen werde, dass eine Förderung durch den Bund dadurch ausgeschlossen sei.

Herr Artschwager (moBiel GmbH) führt aus, dass in der heutigen Sitzung lediglich über die Festlegung der Linienführung entschieden werden soll. Die Frage der Wirtschaftlichkeit der sich aus einer entsprechenden Entscheidung ergebenden Trasse und die sich daraus ergebende endgültige Entscheidung über die Umsetzung des Projektes könne erst auf der Grundlage einer vertiefenden Detailplanung beantwortet werden. Die Detailplanung könne jedoch erst auf der Grundlage einer konkret beschlossenen Linienführung erfolgen.

Herr Artschwager führt weiter aus, dass die getroffenen Aussagen zum Zuschussbedarf je Fahrgast auf der Grundlage der bereits in der Bezirksvertretung vorgestellten Potentialanalyse des Büros TFK beruhen. Der heutige Zuschussbedarf betrage 30 Cent je Fahrgast. Die Potentialanalyse



komme zu dem Ergebnis, dass sich für eine neue Stadtbahnlinie 5 aufgrund des prognostizierten Fahrgastaufkommens kein Zuschussbedarf ergeben werde. In den zugrunde liegenden Berechnungen wurden auch der Wegfall paralleler Busverbindungen und die Notwendigkeit der Ergänzung des Stadtbahnnetzes durch Busnebenetze berücksichtigt. Nach der Potentialanalyse müsse davon ausgegangen werden, dass im Busverkehr auch bei entsprechenden Verbesserungen nur geringe Fahrgastzuwächse zu erwarten seien. Größere Zuwächse seien danach nur durch den Ersatz bestimmter Busverbindungen durch die neue Stadtbahnlinie zu erwarten. Die von den Gutachtern in dieser Hinsicht getroffenen Aussagen beruhen auf sehr konservativen Berechnungen. Nach den Erfahrungswerten von moBiel GmbH (Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Stieghorst, Linie 4 zur Universität) sei mit höheren Zuwächsen beim Fahrgastaufkommen als von den Gutachtern prognostiziert zu rechnen. Die in der Vorlage zum Streckenanteil mit eigenem Gleiskörper getroffenen Aussagen beruhen auf einer „Mischkalkulation“. Während im Bereich der Linienführung im Stadtbezirk Heepen nicht damit zu rechnen sei, den förderrechtlich geforderten Anteil einer Streckenführung mit eigenem Gleiskörper zu erreichen, stelle sich dies in anderen Abschnitten der Streckenführung (z. B. nach Sennestadt) anders dar. Inwieweit der auf der Grundlage dieser „Mischkalkulation“ ermittelte Streckenanteil mit eigenem Gleiskörper von 65 % bis 70 % einer Förderung entgegenstehen könnte, sei in konkreten Gesprächen mit den Fördergebern abzustimmen. Für die notwendige Wendeanlage an der Potsdamer Straße liege noch keine konkrete Planung vor. Insofern könne die Frage nach Standort und Ausgestaltung erst auf der Grundlage einer Detailplanung beantwortet werden. Die bisherige Planung komme jedoch zu dem Ergebnis, dass nur eine Streckenführung über die Potsdamer Straße allen zu berücksichtigenden Anforderungen gerecht werde.

Herr Klemme (Amt für Verkehr) bestätigt die von Herrn Artschwager im Hinblick auf die Linienführung über die Potsdamer Straße getroffenen Aussagen. Der Verlauf über die Potsdamer Straße sei grundsätzlich möglich, wenngleich festzustellen sei, dass der vorhandene Straßenquerschnitt nicht ausreiche. Die Frage, welche Abhängigkeiten sich daraus ergeben, könne erst auf der Grundlage entsprechender Vorplanungen, die bereits eingeleitet wurden, beantwortet werden. Dies gelte auch für konkretere Aussagen zu einer Wendeanlage an der Potsdamer Straße bzw. zur Anlage eines Verknüpfungspunktes (Stadtbahn / Bus) im Bereich Hassebrock.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach stellt Herr Artschwager an Hand eines Planes den Verlauf der „Trassenvariante 12“ in der östlichen Innenstadt dar.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die vorhandene Bebauung entlang der Potsdamer Straße aus ihrer Sicht der Linienführung entgegenstehe. Dennoch werde eine Entscheidung über diese Linienführung erwartet. Sie sehe sich aufgrund der jetzt vorliegenden Informationen nicht in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen. Darüber hinaus sei sie aufgrund der Erfahrungen bei der Finanzierung anderer Großprojekte nicht davon überzeugt, dass die bisherigen Aussagen zu den Projektkosten tatsächlich eingehalten werden können.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass bisher keine Aussagen zur künftigen Anbindung anderer Wohngebiete im Stadtteil Heepen an das Stadtbahnnetz getroffen wurden. Vor diesem Hintergrund stelle sich ihm die Frage, wie diese

Wohngebiete künftig an das ÖPNV-Netz angebunden werden sollen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter vertritt die Auffassung, dass eine Entscheidung aus seiner Sicht nicht auf der Grundlage „eines Striches“ getroffen werden könne. Eine Entscheidung ohne eine konkretere Planung beinhalte viele Risiken, die die CDU-Fraktion nicht eingehen wolle. Darüber hinaus könnte die Realisierung des Projektes aus seiner Sicht die Entwicklung der an der Strecke liegenden - heute gut funktionierenden - Nebenzentren, wie z. B. des Heeper Ortskerns, negativ beeinflussen, da die Möglichkeit entstünde, schnell die Innenstadt zu erreichen. Er fragt, ob es hinsichtlich einer solchen Entwicklung Erfahrungswerte gebe.

Herr Klemme bestätigt, dass, da der vorhandene Straßenquerschnitt der Potsdamer Straße nicht für eine Linienführung auf eigenem Gleichkörper ausreiche, Eingriffe in die Privatgrundstücke unumgänglich seien. Dennoch sei eine Linienführung über die Potsdamer Straße aus fachlicher Sicht grundsätzlich möglich.

Auf Rückfrage von stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüter bestätigt Herr Klemme, dass auch die sich u. U. aus möglichen Eingriffen in Privatgrundstücke ergebenden Kosten in den bisherigen Berechnungen berücksichtigt wurden.

Herr Artschwager stellt fest, dass alle bisherigen Kostenberechnungen auf einer aus seiner Sicht sehr soliden Grundlage beruhen. Vor diesem Hintergrund erwarte er nicht, dass die Kosten - wie von Frau Grünwald befürchtet - in einem erheblichen Umfang überschritten werden. Er weist nochmals darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung über die tatsächliche Realisierung des Projektes zu treffen sei. Um die Planung jedoch weiter konkretisieren zu können, sei eine „Trassenentscheidung“ notwendig. Zu der von Herrn Stuke gestellten Frage führt er aus, dass die Linienführung so konzipiert werden müsse, dass möglichst viele Kunden erreicht werden können. Die Erschließung der übrigen Wohnbereiche sei selbstverständlich durch ein ergänzendes Bussystem vorgesehen. Bezogen auf die vom stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüter angesprochenen u. U. zu erwartenden negativen Auswirkungen für die an der Strecke gelegenen Nebenzentren stellt er fest, dass die moBiel GmbH diese Gefahr nicht sehe. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die Nebenzentren dann, wenn sie attraktiv seien, von einer Anbindung an die Stadtbahn profitieren können. Die eigentliche Konkurrenz für die Nebenzentren ergebe sich aus seiner Sicht eher aus den Einzelhandelsmärkten auf der „grünen Wiese“.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) betrachtet die anstehende Entscheidung als „Startschuss“ für die Weiterplanung der Stadtbahnlinie 5. Auch sie lege größten Wert darauf, dass alle offenen Fragen im Verlauf des weiteren Planungsprozesses eindeutig beantwortet werden. Grundsätzlich sei bei Großprojekten immer mit Risiken zu rechnen, denen dann begegnet werden müsse, wenn sie erkennbar werden. Ihre Fraktion begrüße den möglichen Ausbau des Stadtbahnnetzes und werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vor diesem Hintergrund zustimmen.

Herr Stuke verweist auf den bekannten Sanierungsbedarf im Bereich der Potsdamer Straße und fragt, wie mit diesem Sanierungsbedarf vor dem Hintergrund der Stadtbahnplanung umgegangen werde.

Herr Klemme sieht die von Herrn Stuke befürchtete Abhängigkeit nicht. Bezogen auf den weiteren Planungsprozess stellt er nochmals fest, dass eine Linienführung über die Potsdamer Straße möglich sei. Die Detailfragen seien im Rahmen einer vertiefenden Planung zu prüfen. Diese könne jedoch nur auf der Grundlage eines Beschlusses zur Linienführung erfolgen. Selbstverständlich sei vorgesehen, die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin intensiv am Planungsprozess zu beteiligen und alle offenen Fragen im Detail zu beantworten.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) vertritt bezogen auf die von stellvertretendem Bezirksbürgermeister Rüter geäußerten Bedenken die Auffassung, dass die Nebenzentren von einer Stadtbahnanbindung auch profitieren können, sofern das jeweilige Nebenzentrum über eine entsprechende Attraktivität verfüge. Bezogen auf die Befürchtung, dass die Baukosten „aus dem Ruder laufen“ stellt er die Frage, ob es hier entsprechende Erfahrungen bei der Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 und dem Bau der „Uni-Linie“ gebe.

Herr Artschwager stellt fest, dass es im Rahmen der angesprochenen Projekte zu keiner „Kostenexplosion“ gekommen sei. Im Übrigen hänge die Kostenentwicklung u. a. auch von der Dauer des Planungszeitraumes ab.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass das Projekt aus Sicht der CDU-Fraktion trotz massiver Bedenken hinsichtlich der Finanzierbarkeit weiterhin geprüft werden müsse. Ziel sollte es sein, der Bielefelder Bevölkerung ein gutes ÖPNV-Netz anzubieten. Dies gelte sowohl für das Bus- als auch das Stadtbahnnetz. Die CDU-Fraktion könne jedoch aufgrund der vielen offenen Fragen nicht über die Festlegung einer Trasse entscheiden, da erfahrungsgemäß entsprechende Entscheidungen nur schwer „rückholbar“ seien. Die Beschlussvorlage der Verwaltung bewerte er kritisch, da sie keine der für eine solide Bewertung benötigten Detailaussagen treffe. Die Festlegung einer Trasse sei jedoch ein wichtiger Verfahrensschritt. Die CDU-Fraktion könne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vor diesem Hintergrund nicht zustimmen. Dies sei jedoch nicht als Entscheidung gegen eine Anbindung des Stadtteils Heepen an das Stadtbahnnetz zu verstehen.

Herr Artschwager erläutert auf Rückfrage von Herrn Wäschebach, ob es Alternativen zu einer Linienführung über die Potsdamer Straße gebe, dass diverse Varianten geprüft wurden. Dabei habe sich herausgestellt, dass zur jetzt vorgestellten Linienführung keine geeigneten Alternativen bestehen. Im Übrigen sei aufgrund des jetzigen Planungsstandes auch davon auszugehen, dass eine Linienführung über die Potsdamer Straße grundsätzlich möglich sei.

Im Anschluss erläutert Herr Artschwager das komplexe Planungsverfahren (Vorplanung, Detailplanung, Planfeststellung etc.) im Überblick.

Herr Wäschebach bedauert, dass die CDU-Fraktion offenbar nicht bereit sei, die aus seiner Sicht lediglich „richtungsweisende“ Entscheidung mitzutragen.

Herr Dr. Elsner erklärt, dass, sollte die Verwaltung zusagen können, dass es trotz einer entsprechenden Entscheidung möglich sei, sich jederzeit aus dem Projekt zurückzuziehen, die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht ablehnen, sondern sich aus den bereits dargelegten Gründen

enthalten werde.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) bedauert, dass die Begründung der Beschlussvorlage keine Aussagen zur „Rückholbarkeit“ der Entscheidung treffe.

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, dass auch aus seiner Sicht noch viele Detailfragen zu beantworten seien. Aufgrund des richtungsweisenden Charakters der Entscheidung stimme er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung jedoch zu.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob - sollte sich im weiteren Verfahren herausstellen, dass eine Trassenführung über die Potsdamer Straße unmöglich sei - dies bedeute, dass der Stadtteil Heepen nicht an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden könne. Darüber hinaus fragt er, ob die Planung nur auf der Grundlage eines entsprechenden Beschluss fortgesetzt werden könne.

Herr Artschwager bestätigt, dass für die Weiterplanung ein entsprechender politischer Beschluss erforderlich sei. Auch die endgültige Entscheidung, ob das Projekt tatsächlich umgesetzt werde, könne nur von den zuständigen politischen Gremien getroffen werden und obliege insofern nicht dem Projektträger.

Herr Dr. Elsner erklärt, dass sich die CDU-Fraktion vor diesem Hintergrund enthalten werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt für ihren Zuständigkeitsbereich, ergänzend zur Grundsatzentscheidung zur Linie 5 vom 18.07.2013:**

- **Grundlage für die weitere Planung der Stadtbahnlinie 5 von Sennestadt nach Heepen soll die in *Abb.1* der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 6705/2009-2014 dargestellte Linienführung sein:**
- **Württembergischer Allee - Senner Hellweg - Elbeallee - Sennestadtring - Paderborner Straße - Brackweder Straße - Hauptstraße - Artur-Ladebeck-Straße - Adenauerplatz - Oberntorwall / Alfred-Bozi-Straße - Jahnplatz - Kesselbrink - Werner-Bock-Straße - Heeper Straße - Radrennbahn - Altenhagener Straße - Amtmann-Bullrich-Straße - Hassebrock - Alter Postweg - Potsdamer**

## **Straße**

- Für den Streckenabschnitt Jahnplatz - Kesselbrink sind grundsätzlich noch zwei Varianten der Linienführungen (Friedrich-Verleger-Straße oder Herforder Straße - Friedrich-Ebert-Straße) in der weiteren Planung zu untersuchen.
- Für den Streckenabschnitt Werner-Bock-Straße - Radrennbahn sind grundsätzlich noch zwei Varianten der Linienführung (Grünes Band - Ostbahnhof - Auf dem Langen Kampe oder Am Stadtholz - Huberstraße - Heeper Straße) in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Dafür: 9 Stimmen  
Dagegen: 0 Stimmen  
Enthaltungen: 7 Stimmen

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 7 \*

---

## **Zu Punkt 8**

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H 22 "Discounter Rabenhof / Stauferstraße" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB**  
**- Stadtbezirk Heepen -**  
**Beschluss zur Einleitung der Bauleitplan-Verfahren:**  
**- Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan**  
**- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6682/2009-2014

Frau Wocken (Bauamt) erläutert die Planung im Rahmen einer Beamer-Präsentation im Überblick.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) kritisiert zunächst die Qualität der Planunterlagen. Diese seien kaum lesbar. Es sei nur schwer möglich, auf der Grundlage dieser Planunterlagen Beschlüsse zu einem Bebauungsplanverfahren zu fassen. Grundsätzlich stimme die SPD-Fraktion der Planung zu.

Herr Tischmann erläutert auf entsprechende Rückfrage das Schallschutzkonzept. Die Abkürzung IO stehe für „Immissionsort“ und bezeichne, verbunden mit den Ziff. 1 - 4 die jeweilige Lage der Messpunkte. Die im Bereich der Immissionsorte 1, 2 und 4 ermittelten Werte seien schallschutztechnisch unkritisch. Im Bereich des Immissionsortes 3 könne der vom künftigen Parkplatz ausgehende Lärm durch den Bau einer Schallschutzwand soweit reduziert werden, dass ein für ein allgemeines Wohngebiet zulässiger Wert eingehalten werde. Dieser Wert überschreite die in einem reinen Wohngebiet zulässigen Lärmschutzwerte geringfügig, sei jedoch aus fachlicher Sicht aufgrund des gesamten Umfeldes tolerabel.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass der Kundenparkplatz nachts mit einer Schranke verschlossen werden sollte, um zu verhindern, den Platz zu befahren. Auch sollte in den Nachtstunden keine Anlieferung erfolgen, um das Wohnumfeld vor Lärmbelästigungen zu schützen.

Herr Tischmann erläutert die Lage der Anlieferungszone an der Straße Rabenhof und stellt fest, dass der Betreiber erklärt habe, dass Anlieferungen nur tagsüber erfolgen werden. Der Einbau einer Schranke an der Parkplatzzufahrt müsse im weiteren Verfahren mit dem Betreiber abgestimmt werden. Er gehe im Übrigen davon aus, dass die kriminalpräventiven Interessen der Bezirksvertretung und des Betreibers weitestgehend deckungsgleich seien.

Herr Wäschebach regt an, den Lärmschutz, ähnlich wie im Bereich der Aldi-Filiale im Stadtteil Brake, zu gestalten.

Herr Tischmann weist darauf hin, dass die Lärmschutzanlagen in Abhängigkeit von der jeweiligen Lärmquelle und den Standortbedingungen zu konzipieren seien, sagt aber die Prüfung der von Herrn Wäschebach geäußerten Anregung im weiteren Verfahren zu.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) regt an, den Anlieferungsbereich mit einem Sichtschutz zu versehen und diesen ggf. zu begrünen.

Herr Tischmann stellt fest, dass er zur Frage, inwieweit die Anlieferungszone mit einem Sichtschutz versehen werde, z. Z. noch keine Aussage treffen könne. Im Anschluss erläutert er auf Rückfrage von Frau Kreye die schallschutztechnisch zu berücksichtigenden Abhängigkeiten im Detail.

Herr Wäschebach fragt, an welcher Stelle Ersatz für die durch das Vorhaben entfallende Grünfläche, die zum Teil auch als Bolzplatz genutzt werde, geschaffen werde. Darüber hinaus bittet er um die Erläuterung des Begriffes „beschleunigtes Verfahren“.

Frau Wocken stellt fest, dass im Rahmen des beschleunigten Verfahrens die sonst übliche Umweltprüfung entfalle. Eine Aussage, wo ein Ersatz für die entfallende Grünfläche geschaffen werde, sei derzeit noch nicht möglich.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die CDU-Fraktion die Planung begrüße. Es sei wichtig, die noch offenen Fragen zu beantworten. Er gehe aber davon aus, dass alle diesen offenen Fragen zugrunde liegenden Probleme lösbar seien.

Im Anschluss erläutert Frau Wocken im Rahmen einer Beamer-Präsentation die baulichen und gestalterischen Aspekte des Vorhabens (Lage des Baukörpers, Gestaltung der Außenfassaden, Lage der Parkplatzanlage etc.). Im Kontext zur Darstellung der Ansicht der Außenfassade von der Straße Rabenhof her stellt sie fest, dass die dort bereits vorhandenen Bäume in der von ihr vorgelegten Außenansicht nicht dargestellt werden.

Frau Kreye fragt, ob es möglich sei, die zur Straße Rabenhof gelegene Fassade durch den Einbau von Fenstern gestalterisch aufzuwerten.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter vertritt die Auffassung, dass dies aus funktionalen Gründen (Regalstandorte im Innenbereich des Marktes) aus seiner Sicht nicht möglich sei. Aus seiner Sicht entspreche die Planung, den Standortanforderungen. Im Übrigen sei er froh, dass die von allen Beteiligten befürwortete Planung nun weiter konkretisiert werden könne.

Frau Kreye wünscht sich eine weniger massive Gestaltung des Baukörpers und eine insgesamt ansprechendere Gestaltung.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass die Bezirksvertretung eine ansprechende Gestaltung der Außenfassade begrüßen würde, grundsätzlich aber mit der Planung übereinstimme.

Herr Wäschebach empfiehlt dem Projektentwickler, den neuen Aldi-Markt im Stadtteil Brake als Beispiel für eine gelungene Gestaltung heranzuziehen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Der Bebauungsplan Nr. III/H 22 „Discounter Rabenhof / Stauferstraße“ für das Gebiet nordöstlich Rabenhof und nordwestlich der Stauferstraße ist gemäß § 2 (1) BauGB neu aufzustellen. Für die Grenzen des Plangebiets im Aufstellungsbeschluss ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:1.000 in blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.**
- 2. Der Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses zum**

**Bebauungsplan Nr. II/ H 21 „Rabenhof / Staufferstraße“ wird um den unter Punkt 1 benannten Geltungsbereich reduziert.**

- 3. Die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. III/H 22 „Discounter Rabenhof / Staufferstraße“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt. Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.**
- 4. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB sind auf Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. III/H 22 „Discounter Rabenhof / Staufferstraße“ durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 8 \*

---

## **Zu Punkt 9**

### **Schulorganisatorische Maßnahmen zur Comeniuschule, Bonifatiuschule, Tieplatzschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6604/2009-2014

Herr Müller (Leiter des Amtes für Schule) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung unter Bezugnahme auf die der Bezirksvertretung bereits angekündigten schulorganisatorischen Maßnahmen im Überblick. Er führt aus, dass im Dezember 2013 Informationsveranstaltungen für die Eltern der betroffenen Schulen durchgeführt wurden. Insgesamt wurden die vorgesehenen Maßnahmen von den Eltern positiv bewertet, obgleich seitens des Schulträgers und der Schulaufsicht viele Detailfragen zu beantworten waren. Im Hinblick auf ein schnelleres Zusammenwachsen der betroffenen Schulen am neuen Standort wurde von den Eltern die sofortige Fusion der Schulen für sinnvoll erachtet. Die Schulaufsicht stehe der sofortigen Fusion positiv gegenüber. Auf Seiten der betroffenen Lehrerkollegien werde jedoch auf zu berücksichtigende personelle Abhängigkeiten hingewiesen. Seitens der Bezirksvertretung Stieghorst wurde die Auffassung vertreten, dass die Fusion der Schulen mit dem Umzug in das neue Schulgebäude realisiert werden sollte. Er bitte die Bezirksvertretung Heepen, ebenfalls ein Votum zu dieser Frage abzugeben.



Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bewertet die in der Vorlage dargestellten schulorganisatorischen Maßnahmen positiv, da sie zum Erhalt eines Förderschulstandortes im Bielefelder Osten beitragen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass sie zwar den Verlust der Identifikation mit dem Standort „Tieplatz“ bedauere, die Umsetzung der schulorganisatorischen Maßnahmen jedoch auch positiv bewerte. Ihres Erachtens sei die Umsetzung der Maßnahmen jedoch nicht als Dauerlösung zu betrachten, da immer mehr Eltern die Einschulung in einer Regelschule favorisieren. Insgesamt vertrete sie die Auffassung, dass langfristige Lösungen auf allen Ebenen angestrebt werden sollten. Im Hinblick auf die durch die Zusammenlegung veränderten Schulwege sei ihres Erachtens mit Problemen zu rechnen. Sie bitte die Schulverwaltung, alle Betroffenen bei der Lösung dieser Probleme zu unterstützen.

Herr Müller führt aus, dass er in Bezug auf die Frage, ob die vorgesehenen Maßnahmen zu einer „Dauerlösung“ führen, z. Z. noch keine Aussage treffen könne. Diese Frage sei letztlich vom zukünftigen Anmeldeverhalten der Eltern abhängig.

Herr Dr. Elsner unterstützt die von Frau Kreye getroffenen Aussagen. Seines Erachtens sei es wichtig, den Willen der Eltern und das Wohl der Schülerinnen und Schüler bei allen zu treffenden Entscheidungen in den Vordergrund zu stellen. Hinsichtlich der weiteren Nutzung des Altstandortes der Tieplatzschule sehe er die Notwendigkeit, frühzeitig eine gute Lösung im Sinne der Schulen im Stadtbezirk anzustreben.

Frau Kreye ergänzt, dass im Zuge der ÖPNV-Fahrplangestaltung auf die sich verändernden Fahrbeziehungen und die durch den Standortwechsel verursachten weiteren Wege Rücksicht genommen werden sollte.

Herr Müller erläutert, dass die Schulverwaltung zunächst die notwendigen politischen Entscheidungen abwarten müsse, im Rahmen der Umsetzung aber die von Frau Kreye angesprochenen Abhängigkeiten berücksichtigen werde. Darüber hinaus informiert er darüber, dass auf der Grundlage der bisherigen Informationen damit zu rechnen sei, dass immer mehr Eltern das Ziel verfolgen, ihre Kinder in Regelschulen anzumelden. Das vorhandene Angebot reiche nach derzeitigem Kenntnisstand jedoch nicht aus, allen Wünschen gerecht zu werden.

Zur Frage, ob eine sofortige Fusion der betroffenen Schulen angestrebt werden sollte, vertreten verschiedene Bezirksvertretungsmitglieder in ihren Wortbeiträgen übereinstimmend die Auffassung, dass hierzu seitens der Bezirksvertretung kein Votum abgegeben werden sollte. Die Entscheidung über eine sofortige Fusion der Schulen sollte zwischen den Beteiligten abgestimmt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass bei allen Entscheidungen der Wunsch der Eltern und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund stehen sollten.

Es ergeht folgender

## **B e s c h l u s s:**

Der Schul- und Sportausschuss beabsichtigt, schulorganisatorische Entscheidungen zu den in dieser Vorlage genannten städtischen Förderschulen zu treffen und fasst folgenden Beschluss:

„Zur Vorbereitung einer Beschlussempfehlung des Schul- und Sportausschusses an den Rat der Stadt Bielefeld werden die Bezirksvertretungen Sennestadt, Heepen und Stieghorst, die Schulkonferenzen der von den schulorganisatorischen Maßnahmen betroffenen Schulen sowie der Beirat für Behindertenfragen angehört und im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten um Stellungnahme zu folgenden Maßnahmen gebeten:

1. Die Comeniusschule in Bielefeld-Sennestadt, Förderschule im Verbund (mit OGS) mit den Schwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache, wird mit Ablauf des Schuljahrs 2013/14 aufgelöst.
2. Die Bonifatiusschule in Bielefeld-Stieghorst, Ganztagsförderschule im Verbund mit den Schwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache, wird zum Schuljahresbeginn 2014/15 in das Schulgebäude Krähenwinkel 6, Bielefeld-Heepen (z. Zt. noch Hauptschule Oldentrup) verlagert.
3. Die Tieplatzschule in Bielefeld-Heepen, Förderschule im Verbund (mit OGS) mit den Schwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache, wird zum Schuljahresbeginn 2014/15 ebenfalls in das Schulgebäude Krähenwinkel 6, Bielefeld-Heepen (z. Zt. noch Hauptschule Oldentrup) verlagert.
4. Bonifatiusschule und Tieplatzschule werden mit Wirkung zum Schuljahresbeginn 2015/16, dem in der neuen Mindestgrößenverordnung vorgesehenen spätesten Termin, zu einer Schule zusammengeführt in der schulrechtlich erforderlichen Weise, dass die Tieplatzschule zum Schuljahresende 2014/15 aufgelöst und den verbliebenen Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften angeboten wird, den Schulbesuch bzw. die Lehrtätigkeit in der Bonifatiusschule fortzusetzen. Die Bonifatiusschule soll bewährte pädagogische Profile der Tieplatzschule (z.B. als Europaschule) übernehmen und fortführen. Die Schule kann sich einen neuen Namen geben.“

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 9 \*

## **Zu Punkt 10 Errichtung von Sportgelegenheiten für den vereinsungebundenen Sport**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6320/2009-2014

Herr Becker (Sportamt) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei besonders auf die Lage der Laufstrecken und der Einstiegspunkte, die das Gebiet des Stadtbezirks Heepen berühren, ein.

Herr Schatschneider (Die Linke) fragt, ob es im Hinblick auf die Kofinanzierung der zu erstellenden Broschüre bereits Informationen über konkrete Partner gebe und ob weiterhin geplant sei, Laufstrecken zu beleuchten.

Herr Becker führt aus, dass er zur angesprochenen Kofinanzierung der Broschüre noch keine konkreten Aussagen treffen könne. Derzeit sei die „Finnbahn“ im Stadtteil Quelle mit einer Beleuchtung ausgestattet. Die Möglichkeit, auch andere Strecken zu beleuchten, wurde geprüft. Im Ergebnis sei jedoch festzustellen, dass die Beleuchtung anderer Laufstrecken derzeit nicht finanzierbar sei.

Herr Schatschneider stellt fest, dass das vom Schul- und Sportausschuss formulierte Ziel, sinnvolle Maßnahmen zu entwickeln, aus seiner Sicht nicht erreicht wurde. Die Beschlussvorlage der Verwaltung enthalte darüber hinaus keinen Hinweis auf die Anzahl der angesprochenen Menschen und auch keine klare Aussage zu den Folgekosten der angesprochenen Maßnahmen. Er könne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vor diesem Hintergrund nicht zustimmen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass es sich bei der Schaffung von Sportgelegenheiten für den vereinsungebundenen Sport aus Mitteln der Sportpauschale um ein schwieriges Thema handele, da die hierfür aufgewandten Mittel letztlich den Vereinen fehlen werden. Dennoch sei aus seiner Sicht ein Trend zur Individualisierung erkennbar. Ob es sinnvoll sei, z. B. die im Stadtgebiet vorhandenen Laufstrecken in einer Broschüre darzustellen, sei aus seiner Sicht zweifelhaft, kaum denkbar sei für ihn, dass z. B. im Stadtbezirk Mitte lebende Menschen eine Laufstrecke im Stadtteil Brake nutzen, wenn im eigenen Wohnumfeld ausreichende Sportgelegenheiten zur Verfügung stehen. Insgesamt habe er den Eindruck, dass ein Bedarf für entsprechende Maßnahmen bestehe. Eine abgeschlossene Meinung, wie mit diesem Bedarf umzugehen sei, habe sich die CDU-Fraktion jedoch noch nicht gebildet. Insofern werde sie sich enthalten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**1. Der Herausgabe einer Lauf- und Walkingbroschüre mit**

Streckenanschlägen aus allen Stadtbezirken sowie der Markierung der einzelnen Strecken und das Anbringen von Hinweistafeln an den jeweiligen Ausgangsstandorten wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.

2. Die Bezirksvertretung Sennestadt stimmt der Errichtung eines Sport- und Bewegungspfades (Trimm-dich-Pfad) im Ost-Westgrünzug Sennestadt zu.
3. Für die Pflege des Sport- und Bewegungspfades im Ost-Westgrünzug in Sennestadt stellt die Bezirksvertretung Sennestadt aus dem Budget der bezirklichen Grünunterhaltung ab dem Jahr 2015 Mittel in Höhe von 1.862 € jährlich zur Verfügung. Diese Aufwendungen werden aus dem vorhandenen Budget des Bezirksamtes Sennestadt gedeckt.
4. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und die Bezirksvertretung Gadderbaum empfehlen dem Schul- und Sportausschuss vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab 2015 zur Finanzierung der Folgekosten die Errichtung einer Bewegungswelt auf dem Johannisberg und der Schul- und Sportausschuss stimmt der Errichtung unter diesem Vorbehalt zu.
5. Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt von den geplanten Investitionsmaßnahmen Kenntnis.
6. Der Schul- und Sportausschuss stellt zur Finanzierung dieser Maßnahmen die Mittel aus der Sportpauschale 2013, die für den vereinsungebundenen Sport bzw. Sportgelegenheiten vorgesehen sind, in folgender Höhe zur Verfügung:
  - a) Für die Anbringung von Hinweistafeln an den Ausgangsstandorten bzw. Einstiegspunkten der in der geplanten Broschüre zu beschreibenden Lauf- und Walkingstrecken einschl. Markierungen der Strecken wird ein Zuschuss in Höhe von 14.452,50 € gewährt.
  - b) Dem Sennestadtverein e.V. werden zur Realisierung des Sport- und Bewegungspfades im Ost-Westgrünzug Sennestadt Mittel in Höhe von 10.250 € gewährt.
  - c) Für die Errichtung einer Bewegungswelt auf dem Johannisberg werden vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab 2015 zur Finanzierung der Folgekosten Mittel in Höhe 63.250 € bewilligt.
7. Die Bezirksvertretungen werden gebeten, weitere Initiativen zur Förderung von sportlichen Aktivitäten in den Stadtbezirken und Quartieren zu entwickeln und die jeweiligen Akteure vor Ort hierbei zu unterstützen. Diese Initiativen und Ideen sind an die vom Schul- und Sportausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe Sportförderung

**weiterzuleiten und gegebenenfalls mit Anträgen Dritter zu versehen.**

Dafür: 8 Stimmen  
Dagegen: 1 Stimme  
Enthaltungen: 7 Stimmen

- mithin beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 10 \*

---

**Zu Punkt 11 Künftige Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6642/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 11 \*

---

**Zu Punkt 12 Abbruch des Pavillons des Bezirksamts Heepen, Salzufler Str. 21, 33719 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6724/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 12 \*

---

**Zu Punkt 13**     **Wirtschaftsplan 2014 des Immobilienservicebetriebes;  
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6651/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Investitionen / geplanten Instandhaltungen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2014 zu veranschlagen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 13 \*

---

**Zu Punkt 14**     **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs  
2014 für das Bezirksamt Heepen. Beratung des Bezirksbudgets für  
den Stadtbezirk Heepen.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6639/2009-2014

Herr Skarabis erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung und die bezirksbezogenen Anlagen im Überblick.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die im Bereich der Leistungsverträge mit den freien Trägern vorgenommenen Kürzungen. Dies führe in der Beratungsstelle Baumheide (Träger: Gesellschaft für Sozialarbeit) zu einer Kürzung des Personaletats und damit zu einer Reduzierung des Beratungsangebotes. Aufgrund der hohen Bedeutung des Beratungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Baumheide beantrage er, dem/den zuständigen Fachausschuss/Fachausschüssen zu empfehlen, auf die vorgesehene Kürzung, des dem Beratungsangebot der Beratungsstelle Baumheide zugrunde liegenden Leistungsvertrages, zu verzichten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung zu.

Im Anschluss beantragt Herr Wäschebach, den Haushaltsansatz der Produktgruppe 11.13.09 (Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen) mit einem Teilbetrag in Höhe von 7.260,00 € („Kleine Grünmittel“) zur Produktgruppe 11.01.82 (Stadtbezirksmanagement Heepen) zur Erhöhung der bezirklichen Sondermittel umzuverteilen.

Herr Schatschneider (Die Linke) begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion. Darüber hinaus erklärt er, dass er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Ausnahme der Fortschreibung der HSK-Maßnahme 80 (Anlage 8) zustimmen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet zunächst um Abstimmung über die von Herrn Dr. Elsner und Herrn Wäschebach gestellten Anträge.

Es ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s :**

- **Die im Bereich der Leistungsverträge mit den freien Trägern vorgenommenen Kürzungen führen in der Beratungsstelle Baumheide (Träger: Gesellschaft für Sozialarbeit) zu einer Kürzung des Personaletats und damit zu einer Reduzierung des Beratungsangebotes. Aufgrund der hohen Bedeutung des Beratungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Baumheide empfiehlt die Bezirksvertretung Heepen dem Jugendhilfeausschuss - als zuständigem Fachausschuss - auf die vorgesehene Kürzung, des dem Beratungsangebot der Beratungsstelle Baumheide zugrunde liegenden Leistungsvertrages, zu verzichten.**
- **Ein Teilbetrag in Höhe von 7.260,00 € („Kleine Grünmittel“) des Haushaltsansatzes der Produktgruppe 11.13.09 (Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen) ist zur Erhöhung der bezirklichen Sondermittel auf die Produktgruppe 11.01.82 (Stadtbezirksmanagement Heepen) umzuverteilen.**

- einstimmig beschlossen -

Sodann bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Unter Berücksichtigung des zuvor gefassten Beschlusses ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen

- 11.01.82 Stadtbezirksmanagement Heepen (Haushaltsplanentwurf Band II, Seiten 237/238)
- 11.01.92 Bezirksvertretung Heepen (Haushaltsplanentwurf Band II, Seiten 301/302)
- 11.02.23 Sicherheit und Ordnung Heepen (Haushaltsplanentwurf Band II, Seiten 534/535)
- 11.13.09 Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen (Haushaltsplanentwurf Band II, Seiten 1153/1154)

wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen** der Produktgruppen

- 11.01.82 im Jahre 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 10.348 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 263.220 € (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 240 /241)
- 11.01.92 im Jahre 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 212 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 124.537 € (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 304/305)
- 11.02.23 im Jahre 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 31.586 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 170.612 € (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 537 /538)
- 11.13.09 im Jahre 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 31 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 981.426 € (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 1156/1157)

wird zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan** der Produktgruppe

- 11.01.82 im Jahre 2014 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 8.578 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 242/243)

wird zugestimmt.

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe



11.01.82 für den Haushaltsplan 2014 (Band II, S. 244) wird zugestimmt.

5. Der Anlage zum Haushaltsplan mit **den bezirksbezogenen Angaben**

- Bezirkshaushalt (Band II Seite 1303 - 1312 ) - wird bezogen auf
- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen

unter Berücksichtigung der beigefügten Veränderungsliste zugestimmt.

6. Den **Planungen des Umweltbetriebes** in Bezug auf die für den Stadtbezirk Heepen in den Jahren 2014 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen wird zugestimmt.

7. Dem **Stellenplan 2014** für das Bezirksamt Heepen wird zugestimmt. Gegenüber dem Stellenplan 2013 ergeben sich keine Änderungen.

- **Ziffer 1 - 7 einstimmig beschlossen** -

8. Der **Fortschreibung der HSK-Maßnahme 80** wird zugestimmt (Anlage 8).

- **Ziffer 8 bei einer Gegenstimme beschlossen** -

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 14\*

**Zu Punkt 15** **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

\* BV Heepen - 23.01.2014 - öffentlich - TOP 15 \*

---

---

Holm Sternbacher  
Bezirksbürgermeister

---

Herbert Lötze  
Schriftführer